

Provinz Hebei angeblich wegen Beschädigung des Andenkens an Deng Xiaoping vor kurzem geschlossen wurde. Ferner muss sich die Zeitung *Yangcheng Evening News* (*Yangcheng Wanbao*) in Guangdong wegen eines Interviews mit der unter Publikationsverbot gestellten Sozialwissenschaftlerin He Qinglian (vgl. C.a., 2000/7, Ü 12) verantworten. Berichtet wurde außerdem von der Entlassung eines Redakteurs der Zeitung *Dahebao* in der Provinz Henan, nachdem diese mehrere kritische Artikel zum Thema Korruption veröffentlicht hatte.

Internationale Kommentatoren vermuten, dass die verschärfte Pressezensur vor dem Hintergrund des achtzigsten Jahrestags der Gründung der Kommunistischen Partei zu verstehen ist, der am 1. Juli gefeiert wird. Auch die für Mitte Juli bevorstehende Entscheidung über die Bewerbung Beijings als Austragungsort der Olympischen Spiele im Jahr 2008 dürfte eine gewichtige Rolle spielen (FT, 5., 7.6.01; AWSJ, 6.6.01; IHT, 7.6.01; SCMP, 19.6.01) -hol-

18 Wegweisende Rede Wen Jiabaos zum Thema Stadtentwicklung

Auf einem in der letzten Juniwoche in Beijing veranstalteten Kongress hielt der stellvertretende Ministerpräsident Wen Jiabao eine viel beachtete Rede zum Thema Stadtentwicklung in der VR China. Seine kritischen Ausführungen auf dem von der Chinesischen Bürgermeisterversammlung (*Zhongguo shizhang xiehui*) ausgerichteten internationalen Kongress richteten sich an die Bürgermeister großer Städte und deren Stellvertreter.

Wen Jiabao stellte einleitend zunächst den wachsenden Stellenwert der Städte im sozioökonomischen Kontext des Landes heraus. So habe in den frühen Jahren der Volksrepublik China bei einer städtischen Bevölkerung von 57,65 Mio. Menschen der Urbanisierungsgrad bei 10,6% gelegen; die Zahl der Städte habe damals landesweit 136, die der ländlichen Kleinstädte 5.400 betragen. Demgegenüber sei der Urbanisierungsgrad im Jahr 2000 auf 36,1% gestiegen; eine städtische Bevölkerung von insgesamt 455,95 Mio. Menschen verteile sich heute auf über

660 Städte und über 20.000 ländliche Kleinstädte. Die Städte kämen heute für mehr als 70% des Sozialprodukts, der Industrieproduktion und des gesamtgesellschaftlichen Einzelhandelsvolumens auf. Angesichts dieser Zahlen seien eine umsichtige Stadtplanung und eine nachhaltige Stadtentwicklung von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des Landes.

Scharfe Kritik übte Wen Jiabao am bestehenden Trend der Stadtplanung in zahlreichen Städten, in blindem Eifer Hochhäuser, breite Prachtstraßen und große Plätze zu bauen, die als Inbegriff der Modernisierung missverstanden würden. Durch eine einseitige Betonung wirtschaftlicher Zielvorgaben werde dabei auf das historische Erbe einer Stadt oft keine Rücksicht genommen. Vielerorts seien so wertvolle Kultur- und Landschaftsdenkmäler unwiederbringlich zerstört worden. Um weiteren Schaden zu vermeiden, sollten die Kommunen sich auf ihre Verantwortung zum Schutz des historischen Erbes besinnen und ihre lokalen Besonderheiten und Charakteristika gezielt bewahren, anstatt einer gesichtslosen Modernität anzuhängen.

Im Hinblick auf eine nachhaltige Stadtentwicklung nannte Wen Jiabao als höchste Priorität einen verbesserten Schutz der knappen Wasserressourcen. Gegenwärtig registrierten bereits 400 der insgesamt 660 Städte saisonalen Wassermangel; 110 von ihnen litten unter schwerer Wasserknappheit. Der verbreitete Wassermangel beeinträchtigte die weitere sozioökonomische Entwicklung der Städte in teilweise bedenklichem Ausmaß, das durchaus Anlass für ein gewisses „Krisenbewusstsein“ gebe. Konkret sei das Problem durch umfassende Begrünungs- und Aufforstungsmaßnahmen sowie durch eine abgestimmte Städtebau- und Regionalplanungspolitik anzugehen, die eine effizientere Nutzung der knappen Ressourcen ermögliche.

Abschließend mahnte der stellvertretende Ministerpräsident eine Verbesserung des kommunalen Managements an. Zu korrigieren sei die verbreitete Auffassung, wonach der wirtschaftliche Aufbau an erster, kommunale Managementkompetenzen dagegen an zweiter Stelle stünden. Die Einführung innovativer, effizienterer Ma-

nagementmethoden, die Vertrautheit mit marktwirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Standards, die Digitalisierung bestimmter stadtplanerischer Aufgaben und eine stärkere Serviceorientierung seien wichtige Elemente einer modernen Kommunalverwaltung. Auch stünden die Bürgermeister und ihre Stellvertreter persönlich in der Pflicht, ihre politischen und fachlichen Qualifikationen für die Ausübung ihres Amtes zu verbessern.

Die Rede Wen Jiabaos fand unter den geladenen Bürgermeistern und Vizebürgermeistern Chinas viel Beachtung. Aus den gegenwärtig über 660 chinesischen Städten (regierungsunmittelbare Städte, Städte auf Bezirks- und Kreisebene) sind mehr als 5.000 Bürgermeister und Vizebürgermeister in der 1991 gegründeten Bürgermeisterversammlung organisiert. Von ihnen waren rund 500 auf dem Kongress anwesend, zu dem auch ausländische Gäste geladen waren. Die Resonanz war umso größer, als Wen Jiabao als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge Zhu Rongjis im Amt des Ministerpräsidenten ab dem Jahr 2003 gehandelt wird. (RMRB, 24.6.01; Xinhua, 24.6.01, nach BBC PF, 24.6.01; XNA, 25.6.01; eigene Aufzeichnungen) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

19 Konferenz des Verbandes für Wissenschaft und Technik

Vom 22. bis 25. Juni fand in Beijing der sechste nationale Kongress des Chinesischen Verbandes für Wissenschaft und Technik statt. Er wird alle fünf Jahre veranstaltet. Bei dem 1958 aus mehreren Einzelverbänden gegründeten Verband handelt es sich um eine Massenorganisation, in der 184 nationale Wissenschaftsgesellschaften und zahlreiche lokale Wissenschaftsorganisationen zusammengeschlossen sind. Von chinesischer Seite wird der Verband als Nichtregierungsorganisation bezeichnet, die eine Brücke zwischen dem Staat und den Wissenschaftlern und Technikern darstellt. Tatsächlich aber untersteht er der

Kontrolle von Partei und Regierung. Am Eröffnungstag des Kongresses waren die Hauptvertreter der politischen Führung anwesend, allen voran Jiang Zemin, ferner Li Peng, Zhu Rongji, Li Ruihuan, Hu Jintao, Wei Jianxing und Li Lanqing. Damit sollte die große Bedeutung unterstrichen werden, die Partei und Regierung Wissenschaft und Technik (W+T) für den Aufbau des Landes beimessen. Dieses Anliegen kam in allen Reden, Zeitungsinterviews und Kommentaren zum Ausdruck.

Die wichtigste Rede hielt Jiang Zemin, der zur Eröffnung sprach (abgedruckt in RMRB, GMRB, 23.6.01, übers. in BBC PF, 22.6.01). In seinen Ausführungen legte er die wesentlichen Inhalte der geltenden staatlichen Wissenschaftspolitik dar, die sich wie folgt zusammenfassen lässt: W+T sind die wichtigsten Produktivkräfte, auf sie muss China im 21. Jahrhundert bauen, das Jahrhundert, in dem von W+T große Durchbrüche erwartet werden, die die gesellschaftliche Entwicklung voranbringen werden. Durch W+T gelangt China zu Wohlstand. Die Partei und die Regierungen aller Ebenen müssen dafür sorgen, dass alles getan wird, damit wissenschaftlich-technischer Fortschritt im Dienste der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung gefördert wird. Zu diesem Zweck sollen Wissenschaftler und Techniker respektiert und Begabungen gefördert werden.

Zugleich wurde aus Jiang Zemins Rede deutlich, dass es der Staat ist, der W+T die Aufgaben zuweist. So sollen erstens durch Innovationen auf wissenschaftlich-technischem Gebiet Durchbrüche für die Entfaltung der Produktivkräfte erzielt werden. Als einzige Wissenschaften werden hier speziell die Informationstechnologie und die Lebenswissenschaften genannt. Ziel ist es, Chinas nationale Fähigkeiten und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Innovationen sollen eine starke Triebkraft sein, einen Sozialismus mit chinesischen Kennzeichen aufzubauen, und eine feste Grundlage dafür, dass China zu den fortgeschrittensten Nationen der Welt zählt.

Zweitens sollen die Wissenschaftler und Techniker sich anstrengen, ori-

ginäre Innovationen zu schaffen und die höchsten wissenschaftlichen Gipfel zu erklimmen. Nur dann kann China im internationalen Wettbewerb bestehen. Grundlagenforschung ist für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und Innovationen erforderlich. Zugleich ist großes Gewicht auf anwendungsorientierte Technologie zu legen, und zwar sowohl in Bezug auf Forschung als auch in Bezug auf Entwicklung.

Drittens haben Wissenschaft und Politik die Aufgabe, die „Qualität der Nation“ in Bezug auf Wissenschaft und Kultur anzuheben, d.h. es sollen wissenschaftlicher Geist, wissenschaftliches Denken und die Anwendung wissenschaftlicher Methoden gefördert werden. Das wissenschaftliche Niveau einer Nation hat großen Einfluss auf die Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und der geistigen Kultur. Es kommt darauf an, wissenschaftliche Kenntnisse unter den Kadern und im Volk zu verbreiten. Nur so können Aberglauben und Unwissenheit bekämpft werden. Dieses Anliegen ist besonders vor dem Hintergrund des aktuellen Kampfes gegen die Falungong-Sekte zu sehen. „Wissenschaftlicher Geist,“ so sagte Jiang, „ist die Seele der wissenschaftlichen und kulturellen Qualität der Menschen.“ Denn wissenschaftlicher Geist beflügelt die Menschen nicht nur, wissenschaftliche Kenntnisse zu erwerben und anzuwenden, sondern er ist auch von Bedeutung für richtige Weltsicht, Lebensauffassung und Wertvorstellungen. Deutlicher kann nicht zum Ausdruck gebracht werden, dass Wissenschaftlichkeit und wissenschaftlicher Geist quasi die Rolle einer Ideologie übernommen haben, sie sind gleichsam zur Ersatzreligion geworden.

Damit tritt auch der instrumentelle Charakter in Erscheinung, mit dem die Partei W+T belegt. Die Verbreitung wissenschaftlich-technischer Kenntnisse im Volk dient dazu, die Autorität der Partei zu festigen, indem sie gegen die Macht anderer Autoritäten wie Sekten oder Religionsgemeinschaften vorbeugen. W+T ihrerseits sollen dem wirtschaftlichen Aufbau und der Schaffung von Wohlstand dienen, dies jedoch weniger um ihrer selbst willen, sondern letztlich zur Legitimation der Partei. Und nicht zu-

letzt sollen W+T dazu dienen, Chinas Ansehen und Stellung in der Welt zu erhöhen, d.h. sie dienen auch nationalistischen Zielen.

Während des Kongresses wurde der bisherige Präsident, der Physiker Zhou Guangzhao, wiederum zum Präsidenten des Verbandes gewählt. Er gelobte, der Verband werde weitere Anstrengungen unternehmen, die Strategie umzusetzen, durch W+T das Land zur Blüte zu bringen. Als weitere Aufgaben nannte er die Verbesserung des technologischen Niveaus insbesondere in den staatseigenen Betrieben, die Umsetzung wissenschaftlich-technischer Forschungsergebnisse und die Intensivierung des Wissenschaftsaustausches. Neben den Anstrengungen für das Land erwähnte Zhou Guangzhao, dass der Verband für Wissenschaft und Technik auch seinen Mitgliedern dienen wolle, d.h. er fasst die Rolle des Verbandes als Interessenvertreter der Wissenschaftler und Techniker ins Auge. Eine ähnliche Tendenz ist bei anderen Massenorganisationen ebenfalls zu bemerken. (Vgl. RMRB, GMRB, 23. u. 26.6.01; XNA, 23., 24., 26.6.01) -st-

20 Beschluss über Elementarbildung

Mitte Juni 2001 berief die chinesische Regierung eine nationale Konferenz über die Elementarbildung (*jichu jiaoyu*) ein. Sie stand unter der Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Lanqing; Ministerpräsident Zhu Rongji hielt eine wegweisende Rede. Unmittelbar vor der Konferenz hatte der Staatsrat einen „Beschluss über die Reform und Entwicklung der Elementarbildung“ erlassen. Es handelte sich um die erste nationale Konferenz seit Beginn der Reformperiode, die ausschließlich der Elementarbildung gewidmet war. Ebenso wie der Staatsratsbeschluss zeigt die Konferenz, welche große Bedeutung die Regierung der Elementarbildung beimisst. Zwar hatte das Bildungsministerium Ende des Jahres 2000 erklärt, dass die beiden im „Programm für die Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens“ von 1993 formulierten Hauptziele, nämlich die Einführung der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht und die Abschaffung

des Analphabetentums unter jüngeren Menschen bis zum Jahr 2000, im Wesentlichen erreicht seien (vgl. C.a., 2000/12, Ü 21), aber damit ist das Problem des allgemein niedrigen Bildungsniveaus nicht behoben. Abgesehen davon, dass die beiden Ziele in den Armut- und Nationalitätengebieten noch längst nicht verwirklicht sind, gibt es auch im übrigen Land vor allem in den ländlichen Gebieten große Probleme bei der Einführung der neunjährigen Schulpflicht. Unzureichende Finanzmittel, ausstehende Lehrergehälter, mangelnde Unterrichtsqualität, hohe Abbrecherzahlen, fehlende Ausstattung und teilweise desolater Zustand der Schulgebäude sind einige der gravierendsten Probleme. Sie bereiten der Zentralregierung große Sorgen, denn sie hat erkannt, dass – wie Zhu Rongji in seiner Rede betonte – die Elementarbildung die Grundlage für Wissenschaft und Technik ist und damit für die Strategie, das Land durch Bildung und Wissenschaft zur Blüte zu bringen, entscheidende Bedeutung hat.

Zhu Rongji gab zu, dass es nicht wenige Probleme bei der Sicherstellung der Elementarbildung gibt. Dabei wies er vor allem auf das insgesamt niedrige Niveau und die ungleichgewichtige Entwicklung hin. Ohne eine Stärkung der Elementarbildung, so sagte er, sei der Aufstieg der chinesischen Nation nicht zu realisieren. Es müsse noch mehr Gewicht auf die Elementarbildung gelegt werden, diese müsse zum Schwerpunkt des Bildungswesens gemacht werden. In seiner Rede sprach Zhu die wichtigsten Probleme an und erläuterte die vorgesehenen Maßnahmen, wie sie in dem Beschluss zur Elementarbildung festgelegt sind. Außerdem gab er ein Plädoyer für Schulen ab, die von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen betrieben werden, d.h. für nichtstaatliche Schulen, die als Ergänzung des öffentlichen Schulsystems besonders im Bereich außerhalb der Pflichtschule betrachtet werden. (Vgl. RMRB, GMRB, 14.6.01)

In dem Beschluss zur Reform und Entwicklung der Elementarbildung (abgedruckt in RMRB u. GMRB, 15.6.01) werden im ersten Kapitel die für die nächste Zeit anstehenden Ziele aufgeführt. So sollen im Zeitraum 2001-05 (10. Fünfjahrplan) die beiden wichtigsten Bildungsziele – Einführung

der neunjährigen Schulpflicht und Abschaffung des Analphabetentums unter jüngeren Leuten – weiterhin nachhaltig verfolgt werden. Bis 2005 sollen über 90% der Grundschulabsolventen zur Sekundarstufe I hinüberwechseln; etwa 60% der Absolventen der Sekundarstufe I sollen dann zur Sekundarstufe II hinüberwechseln. Über 95% der jungen Leute sollen alphabetisiert sein.

In diesem Zusammenhang werden die hauptsächlichen Aufgaben genannt, die die Gebietskörperschaften entsprechend ihrem unterschiedlichen Entwicklungsstand angehen müssen:

1. Für die etwa 15% der Bevölkerung, für die die neunjährige Schulpflicht und die Alphabetisierung der jüngeren Menschen noch nicht verwirklicht sind, sollen diese beiden Ziele bis 2005 erreicht haben.
2. Bei den rund 50% der Bevölkerung, bei denen diese beiden Hauptziele bereits erreicht sind, soll das Schwergewicht auf die Konsolidierungsarbeit gelegt werden, die Schulverhältnisse sollen verbessert, die Bildungsqualität erhöht, die Sekundarstufe II weiter ausgebaut und eine dreijährige Vorschulziehung entwickelt werden.
3. Für die etwa 35% der Bevölkerung, die in größeren Städten und wirtschaftlich entwickelten Gebieten leben, wo die neunjährige Schulpflicht auf hohem Niveau und von guter Qualität durchgeführt wird, sollen die Sekundarstufe II und eine dreijährige Vorschulziehung eingeführt und der Früherziehung von Kindern Aufmerksamkeit geschenkt werden. Bis zum Jahr 2010 soll hier das Gesamtniveau der Elementarbildung das Niveau der entwickelten Länder der mittleren Kategorie erreicht haben.

Insgesamt soll innerhalb des Zeitraums 2001-05 die Qualität der Elementarbildung verbessert werden. Die moralische Bildung wird besonders betont. Neue Lehrpläne und neues Lehrmaterial sollen erarbeitet werden, im ganzen Land soll ab der Kleinstadtebene möglichst an allen Schulen Unterricht in Informationstechnologie er-

folgen. Nicht zuletzt wird auch beim Aufbau West auf die Entwicklung des Schulwesens großes Gewicht gelegt.

Breiten Raum nehmen in dem Beschluss die Schulverwaltung und die Kontrolle über die Finanzen ein. Hinsichtlich der Stärkung der Schulverwaltung und der Sicherstellung der Investitionen in den Pflichtschulbereich wird verfügt, dass die örtlichen Regierungen die Verantwortung für das Schulwesen tragen. Dabei liegt die Hauptverantwortung beim Kreis; der Kreis ist für die Schulpflicht in seinen Dörfern verantwortlich, er hat die Kontrolle. Er hat darauf zu achten, dass nicht widerrechtlich Schulgeld und zu hohe Gebühren erhoben werden und auf diese Weise die Bauern zu hoch belastet werden. Hingegen müssen die Gemeinden und Kleinstädte (*xiang/zhen*) die finanziellen Mittel für die Schulen bereitstellen. Armutgebiete werden von der Zentral- oder Provinzregierung unterstützt. Der Kreis hat auch die Kontrolle über die Auszahlung der Lehrergehälter. Um diese sicherzustellen, müssen die Gemeinden (Kleinstädte) ab 2001 die Mittel für die Lehrergehälter an die Finanzbehörde des jeweiligen Kreises abführen, die die Auszahlung vornimmt.

Abgesehen von diesen verwaltungstechnischen Regeln enthält der Beschluss im Grunde nichts Neues. Er beruft sich durchweg auf die bestehenden Bildungsgesetze, namentlich das Schulpflichtgesetz von 1986 und das Bildungsgesetz von 1995, sowie auf den Beschluss des ZK und Staatsrats bezüglich der Vertiefung der Bildungsreform und der umfassenden Förderung der Qualitätsbildung von 1999. Auch auf das Lehrergesetz wird Bezug genommen, indem vor allem auf die Qualifikationsanforderungen hingewiesen wird. Die Gründung nichtstaatlicher, d.h. privater Schulen wird ausdrücklich begrüßt. Zwar wird betont, dass im Pflichtschulbereich staatliche Schulen dominieren sollen, aber die verschiedenen „gesellschaftlichen Kräfte“ werden aufgerufen, Schulen aller Ebenen zu gründen und zu betreiben. Gewährleistet sein muss allerdings die Aufsicht der jeweiligen Regierungsbehörden. -st-

21 Steigende Schulabbrecher- rate auf dem Lande

In zahlreichen ländlichen Gebieten ist die Rate der Schulabbrecher auf der Grundschul- und besonders auf der unteren Mittelschulstufe in beunruhigendem Maße gestiegen. Nach offiziellen Statistiken soll die Rate der Abbrecher der Sekundarstufe I auf dem Lande durchschnittlich 4,2% betragen. Tatsächlich aber scheint sie deutlich höher zu liegen. Nach Erhebungen der Bildungsbehörden in einigen südchinesischen Provinzen sollen in einer ganzen Reihe von Gebieten 30%, in einigen wenigen sogar bis zu 50% der Schüler die Sekundarstufe I vorzeitig verlassen. Die Gründe sind vielfältiger Art, doch spielen wirtschaftliche Gründe die Hauptrolle. Eine Untersuchung in der Provinz Hunan ergab, dass gut 58% der Schulabbrecher der Sekundarstufe I die schwierige wirtschaftliche Situation ihrer Familie nannten. Die Einkommen der Bauern sind in den letzten Jahren nur langsam gestiegen und teilweise sogar real gesunken. Angesichts der vielen verschiedenen Gebühren, die die Schulen teilweise illegal erheben, sehen sich die Bauern immer weniger in der Lage, ihre Kinder in die Mittelschule zu schicken, damit sie die vorgeschriebene neunjährige Schulpflicht erfüllen.

Ein weiterer Grund sind die bäuerliche Mentalität und die vielfach schlechten Berufsaussichten. Da viele junge Menschen nach Absolvierung eines Hochschulstudiums oder einer Fachmittelschule keine entsprechende Arbeit finden, ist unter den Bauern die Ansicht weit verbreitet, dass Schulbildung und Ausbildung praktisch keinen Sinn hätten. Und wenn die Absolventen nach mehreren Jahren des Wartens schließlich einen Job bekämen, dann sei die Bezahlung schlecht. Diese Erfahrungen führen zu der Auffassung, dass sich die Investitionen der Familien in die Bildung ihrer Kinder nicht lohnten. Gestützt wird diese Auffassung durch eine Umfrage, die zutage förderte, dass 65% der Schüler auf dem Lande meinen, es sei für die eigene Karriere wichtiger, aus einer wohlhabenden Familie zu kommen oder gute Beziehungen zu haben als eine gute Schulbildung vorweisen zu können. Aufgrund dieser Einstellung entscheiden sich viele Eltern und Kinder, dass

die Heranwachsenden ihr Heimatdorf vor Abschluss der Mittelschule verlassen und sich in der Stadt Arbeit suchen. Laut Umfragen unter Mittelschulabbrechern in einigen Orten waren gut 30% der Meinung, dass Schulbildung keinen Zweck habe.

In dieser Lage ist es für die Bildungsbehörden außerordentlich schwierig, die neunjährige Schulpflicht nachhaltig durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch der jüngste Beschluss der Regierung zur Elementarbildung (siehe vorhergehende Übersicht). Zu Recht legt der Staat bereits seit Jahren das Schwergewicht der Arbeit auf die ländlichen Gebiete. Das Problem des Schulabbruchs ist jedoch nicht isoliert als rein schulisches Problem zu lösen. Vieles greift ineinander. So muss dafür gesorgt werden, dass die bäuerlichen Einkommen steigen und die Bauern nicht durch übermäßige Abgaben belastet werden. Sodann muss mehr ins Bildungswesen investiert werden. Die Zielmarke von 4% des BSP ist noch längst nicht erreicht. Das Problem übermäßiger und illegaler Schulgebühren müssen die Behörden in den Griff bekommen. Das Ziel muss sein, im Rahmen der Pflichtschule kein Schulgeld zu erheben und die Gebühren möglichst niedrig zu halten. Außerdem müssen bedürftigen Schülern die Schulbücher frei zur Verfügung gestellt werden. Und es müsste noch eine Menge Aufklärungsarbeit geleistet werden, damit die Bauern einsehen, dass sich Bildung letztlich doch lohnt.

All dies weiß die Regierung, und sie bemüht sich ernsthaft um die Lösung der Schulprobleme auf dem Lande. Doch die Hauptverantwortlichen sind die lokalen Regierungen, denen vorzuwerfen ist, dass sie die für das Schulwesen bestimmten Gelder zweckentfremdet verwenden und sich durch illegale Gebühren zusätzliche Mittel zu verschaffen suchen. Die Leidtragenden sind die jungen Menschen in Chinas ländlichen Gebieten. Solange nur 15% der Kinder auf dem Lande in der Lage sind, zwölf Schuljahre zu absolvieren und eine tertiäre Bildungseinrichtung zu besuchen, besteht keine Chancengleichheit in Chinas Bildungswesen. (Vgl. Xinhua, 6.6.01, nach BBC PF, 6.6.01) -st-

22 Aufruf zur Reinhaltung der chinesischen Sprache

Anlässlich des fünfzigsten Jahrestages eines Leitartikels der *Volkszeitung* mit der Überschrift „Die Sprache des Vaterlandes richtig gebrauchen, für die Reinheit und Gesundheit der Sprache kämpfen!“ veröffentlichte die *Volkszeitung* am 6. Juni 2001 einen Kommentar zum gleichen Thema. Darin heißt es, dass der Artikel aus dem Jahre 1951, den Mao Zedong persönlich überarbeitet hatte, immer noch aktuell sei. Zwar sei im vergangenen halben Jahrhundert viel in Bezug auf die Standardisierung der Schrift und der gesprochenen Sprache getan worden, aber die wesentlichen Punkte des Leitartikels könnten auch heute noch als Wegweiser dienen. Wenn es vor fünfzig Jahren geheißen habe, es herrsche vielfach ein „unerträgliches Durcheinander“, so sei das auch heute noch so. Die Allgemesprache (*putonghua*) werde in vielen Gebieten noch nicht benutzt; mancherorts schenke man den lokalen Dialekten mehr Aufmerksamkeit als der Putonghua. Die chinesischen Schriftzeichen würden häufig falsch benutzt. Falscher Sprachgebrauch sei in den Printmedien ebenso wie in Fernsehen und Rundfunk, Werbung und Unterhaltung festzustellen. Dies beeinträchtige die Entwicklung des Landes. Der Kommentator ruft daher zur Einhaltung des seit dem 1. Januar 2001 geltenden Sprach- und Schriftgesetzes auf (vgl. dazu C.a., 2000/11, Ü 27). Das Gesetz müsse verstärkt propagiert werden, damit die ganze Gesellschaft begreife, dass es die Pflicht jedes Bürgers und der Wille des Staates ist, die standardisierte Sprache und Schrift zu verwenden. Vor allem müsse das Führungspersonal aller Verwaltungsebenen mit gutem Beispiel vorangehen. Speziell die Journalisten hätten hier eine wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Der Staat misst der einheitlichen Sprache und Schrift überaus große Bedeutung bei. Dabei spielt das Entwicklungsargument eine wichtige Rolle, entscheidend für den Staat ist jedoch die staatliche Einheit, die durch die Sprachpolitik gefördert werden soll.

-st-

23 Zweite Liste von 100 Stätten für patriotische Erziehung

Nach einer ersten Liste von 100 Stätten für patriotische Erziehung, die im Juni 1997 veröffentlicht wurde, hat die ZK-Propagandaabteilung am 11. Juni 2001 eine zweite derartige Liste herausgegeben (veröff. in RMRB, GMRB, 12.6.01). Diese zweite Liste beispielhafter Stätten für die patriotische Erziehung insbesondere der Jugend umfasst ebenfalls 100 Stätten. Doch im Unterschied zu der ersten Liste (vgl. dazu C.a., 1997/6, Ü 12), die Kulturdenkmäler und historische Stätten aus der älteren, neueren und Zeitgeschichte enthielt, werden in der neuen Liste ausschließlich Stätten der jüngeren Vergangenheit aufgeführt. Es handelt sich um Stätten aus der Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas, aus dem Krieg gegen Japan und aus dem anschließenden Bürgerkrieg. Daraus wird auch gleich der Zweck dieser neuerlichen Liste deutlich: Rechtzeitig vor dem achtzigsten Geburtstag der KPCh sollen der Weg der Partei, der revolutionäre Kampf der frühen Generation der Kommunisten und deren heldenhafter Kampf verdeutlicht werden. Die Orte sollen die Liebe zur Partei, zum Vaterland und zum Sozialismus fördern und zeigen, dass es ohne die KPCh kein neues China und ohne die Führungsrolle der Partei keine Modernisierung gebe.

Ein großer Teil der aufgeführten Orte sind Erinnerungsstätten für frühe kommunistische Führer, daneben sind es Kampfstätten, Plätze der Revolutionsgeschichte und zahlreiche Museen. Sie dokumentieren die ruhmreichen Taten der Partei und ihre guten Traditionen. Die Kommunisten, so heißt es in einem begleitenden Kommentar, seien die entschlossensten und konsequentesten Patrioten. Die KPCh habe einen entbehrungsreichen, entschlossenen Kampf für die Unabhängigkeit der Nation und die Befreiung des Volkes, für die Einheit des Staates und Wohlstand und Macht des Vaterlandes geführt. Der Patriotismus sei die Triebkraft für den solidarischen Kampf des Volkes, die gemeinsame geistige Stütze aller Nationalitäten Chinas. Er sei das tiefste Gefühl, das die Nation seit Jahrtausenden zusammenschleie. Die Entfaltung des patriotischen Geistes

und die Durchführung patriotischer Erziehung seien langfristige Aufgaben.

Die Liste führt die einzelnen Stätten nach Provinzen gegliedert auf. Mit Ausnahme von Ningxia, Qinghai und Tibet sind alle Provinzen und regierungsunmittelbaren Städte vertreten. Während in der ersten Liste alle Provinzeinheiten vertreten waren, ist es für die meisten Minderheitengebiete offensichtlich schwierig, Beispiele zu finden, die mit historischen Ereignissen der Partei positiv in Verbindung gebracht werden können. (Vgl. RMRB, GMRB, 12. u. 13.6.01) -st-

Außenwirtschaft

24 Entscheidende Fortschritte bei den WTO-Aufnahmeverhandlungen

Am Rande des APEC-Treffens der Außenhandelsminister der Mitgliedsländer hat es zwischen den USA und China Gespräche über verbleibende Fragen hinsichtlich des WTO-Beitritts gegeben. Hierbei konnte ein Kompromiss über die Höhe der Subventionen im Agrarsektor erreicht werden, die auf rd. 8,5% festgesetzt wurden. Weiterhin konnten die USA durchsetzen, dass nicht bestimmte Agrarprodukte wie z.B. Äpfel oder Knoblauch besondere Subventionen erhalten. (XNA, 13.6.01; FT, 13.6.01) Als bedeutender Lieferant von Agrarprodukten waren die USA daran interessiert, die Subventionen auf einem niedrigen Niveau zu halten. Für die USA bedeutet der Beitritt Chinas zur WTO nach Einschätzung von Ann Veneman, US-Landwirtschaftsministerin, einen Anstieg der Agrarexporte nach China von jährlich rd. 2 Mrd. US\$. Das wertmäßige Volumen der US-Exporte nach China belief sich im letzten Jahr auf 1,7 Mrd. US\$. (SCMP, 16.6.01)

Neben dem Kompromiss über die Subvention von Agrarprodukten wurden zwischen den USA und China noch weitere Übereinkünfte getroffen. Dazu gehört die schrittweise Reduzierung der Höchstgrenze für die Versicherung kommerzieller Risiken durch ausländische Versicherungsgesellschaften innerhalb von drei Jahren, die von

120.000 US\$ auf 50.000 US\$ gesenkt wurde. Ursprünglich hatten die USA eine Höchstgrenze von nur 10.000 US\$ gefordert. Weiterhin hat China sich bereit erklärt, innerhalb von fünf Jahren eine Bevorzugung für staatseigene Versicherungsgesellschaften abzuschaffen, durch die ein Anteil von 20% aller Rückversicherungsabschlüsse an staatseigene Versicherer zu gehen hatte.

Im Einzelhandel erklärte sich die chinesische Verhandlungsseite bereit, alle Beschränkungen für Unternehmen, die nur eine Marke vertreiben (*single-brand companies*), abzuschaffen, und ausländischen Ladenketten zu erlauben, mindestens 30 Niederlassungen in 100%igem Eigentum zu gründen. Hinsichtlich der Außenhandelsrechte bestätigte China, dass nach einem Zeitraum von drei Jahren alle Restriktionen für ausländische Unternehmen im Im- und Export wegfallen werden. (FT, 13.6.01)

Verbleibende Differenzen zwischen der EU und China wurden ebenfalls weitgehend beseitigt. Bei einem zweitägigen Treffen von MOFTEC-Minister Shi Guangsheng und dem EU-Handelsbeauftragten Pascal Lamy am 19. und 20.6.01 in Brüssel, sollen beide Seiten einen Konsens bei strittigen Fragen erreicht haben. (XNA, 22.6.01) Über die Verhandlungen wurden zwar keine Details veröffentlicht, Mike Moore, WTO-Generaldirektor, wies allerdings darauf hin, dass der Kompromiss ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur endgültigen Aufnahme Chinas in die WTO sei. Moore rief außerdem die Verhandlungsmitglieder, die am 16. Treffen der WTO-Arbeitsgruppe China (28.6. bis 4.7.01) teilnehmen, dazu auf, bestehende Unstimmigkeiten zwischen den Parteien zu klären. (XNA, 23.6.01)

Der chinesische Delegationsleiter in der Arbeitsgruppe China, Long Yongtu, flog mit einer 30-köpfigen Delegation am 23.6.01 nach Genf. Nach chinesischen Angaben ging es vor allem um multilaterale Gespräche mit den Vertretern der Mitgliedsstaaten und um die Inhalte des Beitrittsprotokolls, insbesondere um Fragen der Verpflichtungen zur Marktöffnung und zur Einhaltung der WTO-Regeln. Der Umfang dieses Protokolls wird auf mehr als 2.000 Seiten geschätzt. (Hong